

SEIT 100 JAHREN ...

... werden Ausländer*innen inhaftiert – nicht wegen einer Straftat, sondern nur, um den Behörden ihre Abschiebung zu erleichtern.

IN NIEDERSACHSEN ...

... wird Abschiebungshaft seit dem Jahr 2000 zentral in der JVA Langenhagen vollzogen, wobei sich knapp die Hälfte aller Inhaftierungen als rechtswidrig erweisen.

DAS IST UNRECHT – DAS IST RASSISMUS!

Diese Menschenverachtung darf nicht länger fortbestehen!

VOR 19 JAHREN

... am 06. Dezember 2000 nahm sich der 17-jährige Arumugamy Saubramaniam aus Angst vor seiner Abschiebung nach Sri Lanka in der JVA Langenhagen das Leben.

ABSCHIEBEHAFT ABSCHAFFEN!

100 JAHRE ABSCHIEBE HAFT

100 JAHRE ABSCHIEBEHAFT

»100 Jahre Abschiebehaft« richtet sich an alle, die sich für Abschiebehaftgefangene einsetzen (wollen) und von einer Gesellschaft ohne Abschiebehaft träumen. 100 Jahre lang blieb dieser Traum verwehrt. Es wird also höchste Zeit, gemeinsam aktiv zu werden! Um diesen Traum zu realisieren, braucht es eure Unterstützung! Organisiert Aktionen, Demos, Ausstellungen, Vorträge, Gottesdienste – was euch gefällt.

Bei all euren Ideen unterstützen wir euch gerne mit Materialien und Referent*innen. Wir stehen euch gerne als Ansprechpartner*innen zur Verfügung.

KONTAKT

www.100-jahre-abschiebehaft.de/
kontakt@100-jahre-abschiebehaft.de
facebook.com/100JahreAbschiebehaft
[@100JahreAHaft](https://twitter.com/100JahreAHaft)
fluerat-nds.org



DEMO - Samstag
11.05.2019

16:30 Uhr
von der S-Bahnstation Flughafen Langenhagen
zum Abschiebegefängnis in der Benkendorfstr.

**GEMEINSAME ANFAHRT
AB HANNOVER HBF
16:05 Uhr, S4 bis Flughafen**

100 JAHRE
ABSCHIEBEHAFT
FÜR IMMER BEENDEN!

100-jahre-abschiebehaft.de
fluerat-nds.org

VON DER WEIMARER REPUBLIK BIS IN DIE GEGENWART

Die zermürbende Praxis der Abschiebehaft stellt eine grausame Tradition in Deutschland dar: Bereits vor 100 Jahren wurden vor allem Jüd*innen, die hier vor Pogromen in Osteuropa Schutz suchten, willkürlich eingesperrt, um sie außer Landes zu treiben.

Mit der von Heinrich Himmler verfassten Ausländerpolizeiverordnung wurde die Abschiebehaft 1938 massiv ausgeweitet.

Dieses Nazi-Gesetz wurde 1951 von der BRD wörtlich übernommen und erst 1965 überarbeitet. Die Gesetzgebung wurde als Reaktion auf die rassistischen Pogrome zu Beginn der 1990er Jahre weiter verschärft.

Durch den „Asylkompromiss“ wurde 1993 nicht nur das Asylrecht faktisch ausgehebelt, sondern auch die Möglichkeiten, Menschen in Abschiebungshaft zu nehmen, stark ausgeweitet und in der Folgezeit massiv zur Anwendung gebracht.

DIE GRUNDRECHTSVERLETZENDE PRAXIS HEUTE

Allein der Verdacht, sich möglicherweise einer Abschiebung zu entziehen, reicht aus, um einen Menschen für bis zu 1½ Jahre einzusperren. Haft – der massivste Eingriff in die Freiheit des Einzelnen – wird damit von einer Maßnahme gegen verurteilte Straftäter*innen zu einem simplen Verwaltungsakt gegen Unschuldige. Folglich ist Abschiebehaft heute ein gängiges Instrument der Ausländerbehörden

und wird routinemäßig angewandt, um den Behörden eine bequeme Abschiebung zu ermöglichen. Das ungeheure Elend der Betroffenen wird dabei mitleidlos in Kauf genommen, zumal die Ausländerbehörden auch vor der Inhaftierung von Traumatisierten und Kranken nicht zurückschrecken.

Anwält*innen, die sich regelmäßig mit Abschiebehaft beschäftigen, stellten fest, dass über die Hälfte der Menschen in Abschiebehaft unrechtmäßig inhaftiert waren.

Betroffenen wird häufig der Zugang zu einem Rechtsbeistand erschwert oder und teilweise sogar verwehrt. Unabhängige Beschwerdestellen oder übergeordnete Kontrollinstanzen existieren nicht. Die medizinische Versorgung und psychologische Betreuung werden auf das Nötigste beschränkt. Isolierhaft und Fesselungen sind an der Tagesordnung. 2018 führte diese Praxis in NRW und Hamburg erneut zu Suiziden in Abschiebungshaft.

KEIN ENDE IN SICHT

Statt sich von einer Praxis mit einer derartigen Geschichte zu verabschieden, soll sie sogar noch ausgeweitet werden:

Deutschlandweit werden Abschiebehaftanstalten ausgebaut oder gar gänzlich neu geplant. Allein in Passau soll ein neues „Super“-Gefängnis mit über 200 Haftplätzen entstehen.

In Niedersachsen werden die Haftbedingungen stetig weiter verschärft. Aufschlusszeiten werden massiv eingeschränkt, Besuchszeiten gekürzt und Hilfsorganisationen der Zugang zu den Gefangenen erschwert. Es gibt Strafen und Zwangsmaßnahmen, um den Sicherheitskräften ihre Arbeit auf Kosten der Menschenrechte zu erleichtern - aber nicht einmal ein Gesetz, das die Haftbedingungen und die Rechte der Gefangenen in irgend einer Weise regelt.

DIE PRAKTISCHEN KONSEQUENZEN DER ABSCHIEBEHAFT

Rechtswidrige Inhaftierungen, Menschenrechtsverletzungen ohne Aufarbeitung, Brüche von gesetzlich festgelegten Regelungen, Repressionsmaßnahmen ohne Kontrollinstanzen, Isolierhaft und Fesselungen, Trennung von Familien und Zerstörung von Existenzen.

Es wird daher höchste Zeit, sich von dieser tief im Dritten Reich verankerten Gesetzgebung und rassistischen Praxis endgültig zu verabschieden.

Daher verlangen wir:

KEINE SONDERGESETZE, KEINE UNKONTROLLIERTE BEHÖRDLICHE PRAXIS MEHR!

ABSCHAFFUNG DER ABSCHIEBEHAFT!

SOFORTIGE SCHLIESSUNG ALLER ABSCHIEBEKNÄSTE!